

23./III. 1916

## Beratung des Klubs der deutschen Sozialdemokraten.

Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten hielten Donnerstag im Wiener Parteihause eine Sitzung ab. Zunächst erstattete das Klubpräsidium einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit in den letzten Monaten und die Abgeordneten über die Lage der Arbeiter und über den Stand der Volksernährung in ihren Bezirken. Das Präsidium hat sich mehrfach bemüht, in Verhandlungen mit den beteiligten Ministerien und insbesondere mit dem Kriegsministerium den berechtigten Beschwerden der Arbeiter in den Kriegseleistungsbetrieben abzuwehren sowie auch Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Ernährung zu beseitigen. Der Parteivorstand hat bekanntlich dem Abgeordneten Kerner die Zustimmung gegeben, eine Funktion im neugebildeten Ernährungsamt zu übernehmen, und er entwickelt dort eine sehr lebhaftige Tätigkeit. Ob sie auf die Dauer von Erfolg begleitet und überhaupt möglich sein wird, hängt von der weiteren, heute noch ganz unsicheren Gestaltung der Dinge unter dem neuen Ministerium ab.

Eine eingehende Debatte entspann sich auch über die überraschende Ablösung des Kabinetts Körber-Klein durch das Ministerium Clam-Martinic. Vorläufig sind die Absichten dieser Regierung absolut nicht zu erkennen und man kann nicht absehen, für welche Art von Politik die deutschbürgerlichen Parteien die ganze Last der Mitverantwortung übernommen haben. Neben Versicherungen, daß das Parlament endlich wiederhergestellt werden soll, gehen zweideutige Redensarten über Vorbedingungen, die zu erfüllen wären. Die Sozialdemokratie verlangt mit der größten Entschiedenheit die Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes und die Beseitigung der bürokratischen Willkür. Die Wünsche nach einer Reform der Geschäftsordnung wurden von der Partei seit jeher geteilt, aber kein anderer Weg kann zum Ziele führen als der parlamentarische. Sollten die Regierung und die Regierungsparteien verblendet genug sein, einen anderen Weg wählen zu wollen, dann müssen sie sich vor Augen halten, daß das Schrotieren einer Geschäftsordnung nicht nur ein Bruch des Gesetzes, sondern auch eine dem Parlament angetane Schmach bedeutet und daß überdies einer auf solchem Wege zustande gekommenen Geschäftsordnung jede verbindliche Kraft fehlen würde. Zudem ist es vollkommen überflüssig, von dem einzig richtigen Wege abzuweichen, weil allen Parteien heute der Wunsch gemeinsam ist, eine erfolgreiche parlamentarische Tätigkeit zu ermöglichen, und weil sie sich ohne Zweifel bereithalten werden, auf dem Wege der freien Vereinbarung die notwendigen Änderungen an der Geschäftsordnung vorzunehmen. Aber nicht nur in der Frage der Geschäftsordnung steht das Ministerium im Verdacht, daß es zu verfassungswidrigen Mitteln greifen wolle. Auch sonst erscheint die Anwendung des § 14 nicht völlig ausgeschlossen, obwohl man glauben sollte, daß wenigstens die Mitglieder des Kabinetts aus den deutschen Parteien diesen Weg nicht betreten würden. Man kann aber den Parteien, die bis vor wenigen Tagen den Weg der Otkroyierung mit aller Leidenschaft verlangt haben, schwer Vertrauen entgegenbringen, daß sie sich nunmehr zum Betreten des verfassungsmäßigen Weges in allen Belangen bekehrt haben. Nicht einmal bei den in alle Lebensbedingungen Oesterreichs tief einschneidenden Fragen des Ausgleichs mit Ungarn ist ein klares Wort gesprochen worden. Die Sozialdemokraten können sich nicht damit begnügen, daß ein Ausgleich zu irgend einer Zeit als eine vollendete Tatsache vorgelegt werde, sondern sie fordern für das Parlament das Recht, über diese wichtigsten Fragen, die nicht nur die Zukunft unserer Ernährungspolitik, sondern auch unserer Industriepolitik betreffen, zu beraten und zu entscheiden. Im übrigen wird man diesem Ministerium mit gebotener Vorsicht und ohne jeden Optimismus abwartend gegenüberstehen.

Einen breiten Raum nahm in den Beratungen auch die Frage der hoffentlich bald möglichen Demobilisierung ein, deren Gestaltung auf das Leben der breiten Massen von größtem Einfluß sein wird. Es wurde beklagt, daß die vorläufigen Erörterungen, die bisher in dieser Beziehung stattfanden und zu denen auch einzelne Vertreter von Gewerkschaften und anderen Parteikorporationen zugezogen wurden, wieder auf Zersplitterung und Mangel an organisatorischer Zusammenfassung schließen lassen. In den verschiedensten Ressorts finden darüber Verhandlungen statt, bei denen sich zum Teil Absichten auf eine wenig zweckmäßige, für die Industriearbeitererschaft völlig unerträgliche Bevorzugung agrarischer Wünsche zeigen. Es muß verlangt werden, daß diese Frage von einem sachkundigen und alle Kompetenzen umfassenden Körper, der selbstverständlich auch die Vertreter der Arbeiterschaft umfaßt, einheitlich vorbereitet und erledigt werde.

Im Brennpunkt aller Wünsche und Lebensnotwendigkeiten des Proletariats steht selbstverständlich die Durchführung des Friedens und die Abgeordneten brachten diese Tatsache in der lebhaftesten Weise zum Ausdruck. Wenn sich auch in diesem Augenblick die Wirkung des Friedensangebots der Mittelmächte noch nicht genau ermessen läßt, so erscheint

dadurch doch ein bedeutungsvoller Anstoß gegeben.